

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren

vom: **16.11.2022**
von: **17:10 Uhr**
bis: **20:07 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren:

Stv Schneider, Silke	als Vorsitzende
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Grimm, Benjamin	vertritt Stahl, Peter H.
AM Haupt, Elisabeth	vertritt Schuppert, Sören
Stv Helm, Martin	bis 19:22 Uhr, TOP 4 öT
Stv Köckritz, Anja Alexandra	bis 19:22 Uhr, TOP 4 öT
Stv Lorenz, Reiner	
Stv Mäckeler, Bernd	vertritt König, Svenja
Stv Molzberger, Adhemar	
AM Oppermann, Paul	bis 18:46 Uhr, TOP 3.3 öT
AM Riebe, Kersten	vertritt Hokkaömeroglu, Emetullah
AM Rommel, Marcus	
Stv Rompf-Selimi, Nazlije	bis 19:22 Uhr, TOP 4 öT
AM Schneider, Walter	bis 18:45 Uhr, TOP 3.3 öT
Stv Six, Annette	vertritt Schmidt, Sabrina
Stv Steuber, Hartmut	

Beratende Mitglieder:

AM Dornhöfer, Felix

Stv Dylong, Barbara	
AM Graf, Dagmar	
AM Dr. Knapp, Bernd	bis 19:13 Uhr, TOP 4 öT
AM Scherzberg, Nicole	
AM Spornhauer, Bernd	bis 18:50 Uhr, TOP 3.3 öT
AM Vitt, Matthias	bis 18:30 Uhr, TOP 3.3 öT

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt	GBL 5
VA Helmes	Leiter Abteilung 1/1
VA Weiskirch	Leiter Abteilung 5/1
VA Büker	Integrationsbeauftragter
VA Zöllner	Leiter AG 5/1-3
VA Meier	Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

IntRM Aydin, Veli	
AM Dehn, Sarah	
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah	vertreten durch AM Riebe, Kersten
Stv König, Svenja	vertreten durch Stv Mäckeler, Bernd
Stv Schmidt, Sabrina	vertreten durch Stv Six, Annette
AM Schuppert, Sören	vertreten durch AM Haupt, Elisabeth
Stv Stahl, Peter H.	vertreten durch Stv Grimm, Benjamin
AM Upphoff, Heinz - Wilhelm	

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

10. AfSFS 16.11.2022

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

10. AfSFS 16.11.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Umwandlung von Verträgen zur Unterbringung in Notunterkünften in reguläre Mietverträge - Antrag der B'90/Grünen-Fraktion

Vorlage Nr. AT 220/2022

Bei der Bereisung der Notunterkünfte habe die Fraktion B'90/Grüne festgestellt, einige der Wohnungen seien sehr langfristig belegt und dort bestünden auch keine Probleme mit den jeweiligen Bewohnern. Durch die Umwandlung der Verträge in reguläre Mietverträge könne man diese Personengruppe aus dem Status der Wohnungslosigkeit herausbekommen, so Frau Bleckmann. Die Stadt Siegen solle hier als Vermieterin auftreten. Die Wohnungen können nach Beendigung des Mietverhältnisses wieder für die Unterbringung wohnungsloser Personen genutzt werden.

Aus Sicht der Verwaltung solle dem Antrag nicht gefolgt werden, gibt Herr Schmidt bekannt. Theoretisch unterstütze er den Ansatz, Wohnungslose in ein geregeltes Mietverhältnis zu überführen. Jedoch sei die Universitätsstadt Siegen als Ordnungsbehörde dazu verpflichtet, ausreichend Wohnraum für Wohnungslose vorzuhalten, was sich ohnehin bereits als problematisch darstelle. Zum aktuellen Zeitpunkt gebe es tatsächlich in keiner einzigen Notunterkunft freie Kapazitäten. Außerdem befinden sich derzeit lediglich drei Objekte, die für die Notversorgung zur Verfügung gestellt werden, in städtischem Eigentum. Darüber hinaus ist er der Meinung, dass die Eigentümer der Wohnungen, welche die Stadt derzeit selbst zur Notunterbringung anmiete, nicht an direkten Mietverhältnissen mit den Bewohnern interessiert seien.

Herr Lorenz weist auf die vielfältigen Angebote für Wohnungslose insbesondere seitens freier Träger hin. Die Angebote seien jedoch immer noch zu wenig. Die SPD-Fraktion wünsche sich daher einen Überblick darüber, welche Angebote es überhaupt gebe sowie ein Konzept, welches Handlungsbedarfe aufzeige. Die beantragte Vorgehensweise sehe die SPD-Fraktion nicht als richtigen Weg an und werde daher nicht zustimmen.

Herr Helm ist der Ansicht, dass das aktuelle Vertragsverhältnis, in denen die Wohnungslosen stehen, im Vergleich zu dem beantragten regulären Mietverhältnis eine Entlastung für die Bewohner darstelle, die oftmals auch noch anderweitige Sorgen zu bewältigen haben. Für Personen, die motiviert sind, aus der Wohnungslosigkeit heraus zu kommen, gebe es bewährte Konzepte seitens freier Träger. Die CDU-Fraktion werde sich diesem Antrag nicht anschließen, da sie sich ein dezidiertes System wünsche.

Das Unterbringungskonzept, auf welches in den vorangegangenen Wortbeiträgen angespielt wurde, sei in Arbeit, teilt Herr Schmidt mit. Am 19.01.2023 finde hierzu ein Termin mit den Wohlfahrtsverbänden und den Trägern, die im Bereich der Arbeit mit Wohnungslosen aktiv sind, statt. Über daraus resultierende Entwicklungen werde der Ausschuss entsprechend informiert.

Frau Bleckmann stellt nochmals klar, dass man mit dem Antrag ausschließlich die Gruppe an wohnungslosen Personen ansprechen wolle, die dauerhaft in einer Wohnung wohnen. Diese Wohnungen stünden ja ohnehin für kurzfristige Unterbringungen nicht zur Verfügung. Der Problematik, dass derzeit lediglich drei Objekte im städtischen Eigentum stünden, könne sie folgen. Daher schlage sie vor, die Thematik nochmals zu diskutieren, wenn die Stadt - wie geplant - weitere Wohnungen angemietet habe.

Auf Nachfrage von Herrn Mäckeler, stellt Herr Schmidt klar, dass es sich um drei Häuser - nicht Wohnungen - im städtischen Eigentum handle. Die Ausgestaltung dieser Unterkünfte könnten teilweise gar nicht die Voraussetzungen für ein reguläres Mietverhältnis erfüllen, ergänzt er. Er spricht sich nochmals vehement dagegen aus, die wenigen vorhandenen Wohnungen, die die Stadt derzeit gem. OBG NRW für Wohnungslose bereithalten könne diesem Zweck durch Umwandlung in reguläre Mietverhältnisse zu entziehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Kontingent in Höhe von zunächst 25% der vorhandenen Unterkünfte für Wohnungslose (Berechnung anhand der Anzahl der vorhandenen Wohnungen) für die - einzelfallabhängige - Umwandlung in reguläre Mietverträge vorzuhalten. Die Entscheidung, welche Wohnungen für welche Bewohner*innen in ein reguläres Mietverhältnis umgewandelt werden, erfolgt in Absprache mit den jeweiligen Beteiligten (Bewohner*innen, Sozialbetreuer*innen, etc.). Voraussetzung ist, dass die Bewohner*innen bereits seit mindestens 12 Monaten in der jeweiligen Wohnung leben.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (B'90/Grüne, Volt), 12 dagegen, 0 Enthaltungen

10. AfSFS 16.11.2022

3.2 Konzept "Housing First" für Siegen - Antrag der Fraktionen B'90/Grüne, GfS, FDP, LINKE, Volt

Vorlage Nr. AT 226/2022

Frau Haupt stellt dem Ausschuss das Konzept „Housing First“ vor.

Den Ansatz in geeigneter Form mit in das Unterbringungskonzept aufzunehmen, befürwortet Herr Schmidt grundsätzlich, er weist jedoch auf die mit dem Konzept „Housing First“ verbundenen hohen Kosten hin. Eine Förderung durch den LWL käme nur für freie Träger in Frage.

Die B'90/Grüne-Fraktion befürworte dieses Konzept ausdrücklich, so Herr Rommel. Er ist der Meinung, „Housing-Frist“ sei auf lange Sicht die günstigere Variante.

Auch die SPD-Fraktion unterstütze die Idee prinzipiell, teilt Herr Lorenz mit. Der Ansatz solle in das Unterbringungskonzept eingearbeitet werden und man sehe die Umsetzung eher in der Hand freier Träger.

Auch die CDU-Fraktion schließe sich dem an, so Herr Helm. Bei der Integration in das Unterbringungskonzept sei ihm wichtig, dass auch für die Personen, welche die Unterstützung im Rahmen von „Housing First“ nicht annehmen können oder wollen weiterhin alternative Lösungen angeboten werden.

Herr Vitt weist auf das landesgeförderte Projekt „Endlich ein Zuhause“ hin und regt an, auch die Akteure zu dem geplanten Termin am 19.01.23 einzuladen.

Dem Vorschlag, „Housing First“ in das Unterbringungskonzept zu integrieren stehe die B'90/Grünen-Fraktion positiv gegenüber, so Herr Rommel. Zu klären sei jedoch, wie man mit den im Beschlussvorschlag unter 6. beantragten Sofortmaßnahmen verfare.

Die Herren Molzberger und Helm sprechen sich dafür aus, lediglich über die Punkte 1. und 2. abzustimmen. Die restlichen Punkte seien in dieser Konkretisierung zu verfrüht und würden die Verwaltung in der Ausführung zu sehr einschränken, so Herr Helm.

Frau Bleckmann schlägt vor, über die Punkte 1. und 2. abstimmen zu lassen und die Verwaltung zu beauftragen, die restlichen Punkte des Beschlussvorschlages im Rahmen der Entwicklung des Wohnungslosenkonzepes zu prüfen.

Der Ausschuss signalisiert Zustimmung.

Beschluss:

1. Das Siegener System der Wohnungslosenhilfe wird um das Konzept Housing First ergänzt.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Umsetzungskonzept Housing First zu entwickeln, welches auf bereits bestehende Ansätze abgestimmt ist und diese sinnvoll ergänzt. Das Konzept wird den politischen Gremien zum Ende des zweiten Quartals 2023 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Rahmen der Entwicklung des Wohnungslosenkonzepes sollen außerdem die Punkte 3. bis 7. des im Antrag aufgeführten Beschlussvorschlages geprüft werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, eine Enthaltung (AfD)

10. AfSFS 16.11.2022

3.3 Sachstandsbericht Wohngeld-Reform/ deutlich steigende Anzahl an Anträgen - Antrag der B'90/Grünen-Fraktion

Vorlage Nr. AT 237/2022

Frau Bleckmann erläutert nochmals kurz den Hintergrund des Antrages.

Es sei nicht leistbar, dass der Anspruch, der ab 01.01.2023 entstehe, auch ab diesem Zeitpunkt ausgezahlt werden könne, stellt Herr Schmidt klar. Gewisse Überbrückungsmaßnahmen hingegen wie z. B. Heizkostenzuschüsse, werden schneller greifen.

Er berichtet aus der am Vortag stattgefundenen digitalen Konferenz mit allen Kommunen in NRW und der zuständigen Landesministerin. Alle Kommunen gehen derzeit zusammen mit dem Landesministerium davon aus, dass entsprechende Wohngeldanträge frühestens ab April 2023 bearbeitet werden könnten. Allein die Umprogrammierung des Programmes, über welches die Auszahlung des Wohngeldes laufe, beanspruche mindestens diese Zeit. Die Bürgerinnen und Bürger könnten in der Zwischenzeit jedoch bereits Anträge stellen.

Weiter geht er auf die personelle Situation ein. Er erinnert an die durch den AfSFS initiierte Schaffung einer Mehrstelle im Februar 2022. Die Besetzung dieser Stelle sei nun erst zum 01.01.2023 gelungen. Daraufhin folge dann noch eine Einarbeitungszeit.

Zu dieser Problematik komme außerdem noch die Situation von derzeit ca. 900 Fällen an Rückständen in der Abteilung hinzu.

Die Verwaltung halte daher eine Verdopplung der derzeitigen Mitarbeiter auf insgesamt 14 in der Wohngeldstelle für sinnvoll. Man müsse davon ausgehen, dass die Besetzungsverfahren dieser zusätzlichen Stellen mindestens das gesamte kommende Jahr in Anspruch nehmen, prognostiziert er. Eine Idee sei, dass ggf. bestimmte einfachere Tätigkeiten gebündelt und durch Personen wahrgenommen werden könnten, die nicht unbedingt eine Verwaltungsausbildung haben. Zuletzt weist er auf die finanzielle Belastung des Haushalts hin, welche die zwingend notwendige Verdopplung der Stellen nach sich ziehe.

Für die sieben zusätzlichen Stellen in der Wohngeldstelle müsse man ca. 350.000 € kalkulieren, ergänzt Herr Helmes. Es sei geplant, die Stellen mit zwei Personen aus dem eigenen Haus zu besetzen. Die restlichen fünf Stellen habe man ausgeschrieben und davon bisher 3,5 Stellen besetzen können. Für die nun folgende erneute Ausschreibung der restlichen 1,5 Stellen werde überlegt, diese auch für andere Berufe zu öffnen und die Personen dann mit Schulungsmaßnahmen entsprechend zu qualifizieren.

Er stellt nochmals die Unterscheidung zwischen Stelle und tatsächlicher Besetzung klar. Eine Schaffung von noch mehr Stellen garantiere nicht, dass diese auch besetzt werden können und gefährde letztendlich nur den Haushaltsausgleich. Bezüglich eventueller Prozessoptimierung im Wohngeldbereich geht er auf fehlende digitale Schnittstellen, die auf anderer Ebene nur sehr langsam geschaffen werden, ein. Für die Beseitigung von darüber hinaus noch vorhandenem Optimierungsspielraum müsste man sehr tief in die Prozesse der Abteilung eingreifen, was bei den bestehenden Rückständen derzeit nicht empfehlenswert sei.

Die Situation in der Wohngeldstelle hätte man schon frühzeitig ändern müssen, so Herr Mäckeler, der befürchtet, dass durch die Stellenaufstockung nicht die Wurzel des Problems behoben werde.

Daraufhin gibt Herr Helmes Hintergrundinfos zu den bei der Wohngeldstelle bestehenden Rückständen, welche durch Krankheitsfälle entstanden seien. Gerade bei Krankheitsfällen, versuche die Verwaltung eine gewisse Zeit lang das Signal zu geben, dass die Stelle für die jeweiligen Personen freigehalten werde. Nichtsdestotrotz habe man natürlich immer wieder nach Lösungen gesucht. Man habe nun die Hoffnung, mittels der Öffnung für andere Berufe, Personen zu gewinnen, die auch längerfristig auf der Stelle bleiben werden.

Frau Bleckmann kritisiert, dass hier das Konnexitätsprinzip nicht greife und schlägt vor, die Universitätsstadt Siegen solle einen entsprechenden Appell an die Bundesregierung richten. Sie hebt positiv hervor, dass die Verwaltung in neue Richtungen denke, um die Situation zu verbessern.

Auf die Anmerkung von Frau Bleckmann hin, das Antragsverfahren für Wohngeld zu vereinfachen, führt Herr Schmidt aus, der Bund habe sämtliche Vereinfachungsvorschläge dieses Verfahrens leider abgelehnt.

Die Komplexität des Antragsverfahrens spiegle sich in der Bearbeitungsdauer wieder, ergänzt Herr Zöllner dazu. Da 90% der Antragsunterlagen zunächst unvollständig eingereicht werden, habe man kürzlich eine Checkliste auf der Homepage hinterlegt. Für die Bearbeitung der Anträge müssen die dort aufgelisteten Angaben zwingend in das Programm eingegeben werden.

Herr Rommel äußert seine Sorge bezüglich Personen, die auf die Auszahlung des Wohngeldes angewiesen sind.

Hierzu erläutert Herr Schmidt, dass es sich bei dem Wohngeld um eine ergänzende Sozialleistung handle und die Existenz dieser Menschen unabhängig davon über die Grundsicherung gesichert werde. Dennoch würden natürlich Fälle, die keinen Aufschub dulden, bei entsprechendem Hinweis auch priorisiert bearbeitet.

Abschließend betont Herr Helmes, dass man sich zum einen natürlich den Bürgerinnen und Bürgern sowie auf der anderen Seite aber auch den eigenen Angestellten verpflichtet fühle und man diese beiden Parteien nicht gegeneinander ausspielen werde.

10. AfSFS 16.11.2022

- 4. Flüchtlinge (inkl. aus der Ukraine) und Asylbewerber in der Stadt Siegen:**
- a) Zuweisung, Unterbringung und Wohnsituation, Betreuung, Beratung, Gesundheitsversorgung, Finanzierung**
 - b) Sachstand zum Kommunalen Integrationsmanagement (KIM)**

Da die Präsentation zu TOP 4 a) öT den Ausschussmitgliedern bereits vorab zugegangen ist, schlägt Herr Schmidt vor, auf die Vorstellung zu verzichten.

Der Ausschuss signalisiert Zustimmung. Es bestehen keine Rückfragen.

Zu TOP 4. b) öT macht Herr Schmidt unter Bezugnahme auf den dazu eingegangenen Sachantrag der Fraktion B'90/Grüne - welcher dem Protokoll als Anlage beigelegt ist - folgende Ausführungen:

Bisher seien auf die Universitätsstadt Siegen zwei Case-Managementstellen entfallen. Beide Stellen habe man derzeit besetzt (0,5 Stellenanteile durch die Stadt selbst und 1,5 durch freie Träger). Diese Besetzung sei auf Ende des Jahres befristet, da die Förderung immer nur jährlich ausgesprochen werden und weil es ab 2023 mehr Stellen gebe und sich daher die

Verteilung ändere. Für die Aufstockung der Case-Managementstellen um drei auf insgesamt fünf Stellen schlage die Verwaltung vor, drei dieser Stellen selbst zu besetzen und zwei durch freie Träger. Er weist in diesem Zusammenhang auf die fünf außerhalb von „KIM“ frei durch die Stadt Siegen finanzierten Stellen hin, die bereits über ein Ausschreibungsverfahren an freie Träger vergeben wurden. Aus dem gesamten Aufgabenbereich würden somit dann insgesamt sieben Stellen durch freie Träger wahrgenommen. Zum 4. Punkt des Sachantrages führt er aus, dass es unrealistisch sei, die Stellen ab Januar 2023 zu besetzen.

Für die drei bei der Stadt verbleibenden Stellen sehe die Verwaltung die drei Schwerpunkte 1. Geflüchtete Frauen/ Mütter und Familien, 2. Wohnen und 3. Rückkehrberatung. Die Thematik Rückkehrberatung sei so zu verstehen, dass hier psychisch stark belastete Personen, die eine mögliche Rückkehr in ihr Fluchtland als Lösung selbst benennen, auch dahingehend offen beraten werden sollen. Diese Vorgehensweise sei bedarfsorientiert und stehe dem Integrationsgedanken nicht entgegen. Die beiden übrigen Case-Managementstellen sollen thematisch nicht gebunden sein.

Als Begründung des Sachantrages führt Frau Bleckmann aus, man sehe die freien Trägere mehr in der Expertise was die intensive Fallarbeit angehe. Bei der Stadt Siegen solle eher die Koordination, Planung, Vernetzung und Schnittstellenarbeit liegen. Die Rückkehrberatung müsse sicherlich mitgedacht werden, sie sehe jedoch insbesondere die explizite öffentliche Ausweisung der Stelle unter diesem Namen kritisch und zum Integrationsgedanken widersprüchlich. Sie spricht sich dafür aus, dieser Stelle stattdessen einen anderen im „KIM“ enthaltenen Schwerpunkt wie z. B. „Arbeitsmarktintegration“ oder „Gesundheit“ zuzuordnen. Damit die Finanzierungslücke, die bei der Beschaffung von qualifiziertem Personal entstehe nicht durch die freien Träger abgedeckt werden müsse, werde unter Punkt 3. im Sachantrag außerdem die Übernahme durch die Verwaltung gefordert. Abschließend schlägt sie vor, dass die Thematik nochmals in der nächsten Sitzung diskutiert werden solle, die Verwaltung jedoch in der Zwischenzeit noch keine Fakten schafft.

Dem letztgenannten Vorschlag schließt sich Herr Helm an.

Zu dem 3. Punkt des Sachantrages bestätigt Herr Schmidt, dass das geforderte Vorgehen bereits so beabsichtigt sei. Bezüglich des weiteren Verfahrens schlägt er vor, zu mindestens schon einmal ein unverbindliches Interessensbekundungsverfahren bei den freien Trägern durchzuführen. Sofern mindestens eine Stelle bei der Stadt verbleiben solle, könne hierfür außerdem das Stellenbesetzungsverfahren vorangetrieben werden.

Dem Vorschlag könne man sich anschließen, so Frau Bleckmann, allerdings solle die bei der Stadt verbleibende Stelle nicht für die Rückkehrerberatung genutzt werden.

Unter Verweis auf seine vorangegangenen Ausführungen zum Thema Rückkehrerberatung versichert Herr Schmidt, dass man diese Stelle zukünftig umbenennen werde, jedoch weiterhin bei Bedarf eine dahingehend offene Beratung stattfinden solle.

Auch sie seien mit der Vorgehensweise einverstanden, geben die Herren Molzberger und Helm bekannt.

=> *Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren einigt sich darauf, die Entscheidung über den seitens der B'90/Grünen-Fraktion gestellten Sachantrag auf die kommende AfSFS-Sitzung zu vertagen.*

Die Verwaltung wird in der Zwischenzeit bei den freien Trägern bereits Informationen einholen, ob hier entsprechende Ressourcen für eine Zuordnung der vier Case-Management Stellen vorhanden sind.

Mindestens eine Case-Management Stelle bleibt bei der Stadt Siegen. Diese soll nicht unter der Bezeichnung „Rückkehrerberatung“ laufen. Das Verfahren für die Besetzung dieser Stelle soll schnellstmöglich vorangetrieben werden.

10. AfSFS 16.11.2022

**4. Flüchtlinge (inkl. aus der Ukraine) und Asylbewerber in der Stadt Siegen:
c) Erfahrungsbericht Kultur/Integration im Quartier (KIQ)**

Herr Büker stellt das Projekt Kultur/Integration im Quartier(KIQ) anhand der beigelegten Präsentation vor. Er geht auf die derzeitige Belegung ein und stellt das Wirken und die Aktionen einiger Gruppen vor.

Im Anschluss an die Präsentation entsteht eine Diskussion über den „Umsonstladen“, der das Gebäude zukünftig räumen soll. Die Ausschussmitglieder Mäckeler, Bleckmann, Schneider und Rommel sprechen sich für den Erhalt des Projektes aus.

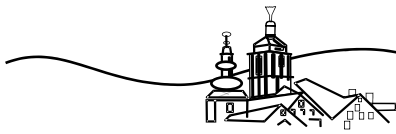
Herr Schmidt erläutert die Hintergründe der Situation. Es habe viele Gespräche mit den Initiatoren des „Umsonstladens“ gegeben sowie einige Lösungsangebote seitens der Verwaltung, auf die bisher nicht reagiert wurde. Diese Angebote bestünden weiterhin.

Es gebe viele Anfragen von anderen Projekten, denen man die derzeit durch den „Umsonstladen“ genutzte Fläche gerne zur Verfügung stellen wolle. Da der Raum nun nicht wie im Sommer eigentlich verbindlich abgesprochen, geräumt wurde, würden außerdem vom Kreis zur Verfügung gestellte Mittel für die Renovierung voraussichtlich leider verfallen.

10. AfSFS 16.11.2022

gez. Schneider
Vorsitzende

gez. Meier
Schriftführerin



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An die Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Familien- und
Seniorenfragen der Stadt Siegen
Frau Silke Schneider

Rathaus Am Markt
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

0271/404-1432
Gruene@Siegen.de

Dienstag, 15.11.2022

Antrag zum TOP 4b der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren der Stadt Siegen am
16.11.2022

Kommunalen Integrationsmanagement (KIM)

Sehr geehrte Frau Schneider,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

zum TOP 4 Flüchtlinge (inkl. aus der Ukraine) und Asylbewerber in der Stadt Siegen,

b. Sachstand zum Kommunalen Integrationsmanagement (KIM)

der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Siegen am 16.11.22 legen wir folgenden Beschlussvorschlag vor:

Beschlussvorschlag

1. Die der Stadt Siegen zugeordneten Stellen im Baustein "Case-Management" des Kommunalen Integrationsmanagement teilen sich wie folgt auf: eine Stelle bei der Stadt Siegen, vier Stellen bei freien Trägern.
2. Die Siegener Case Manager:innen werden nicht für Rückkehrberatung eingesetzt, da dies dem Konzept widerspricht, bei dem es um die Integration geht.
3. Bei den Case-Management-Stellen, die bei freien Trägern angesiedelt werden, übernimmt die Stadt Siegen die Finanzierungslücke zwischen Förderung und den tatsächlich anfallenden Kosten für eine:n qualifizierte:n Mitarbeiter:in (Entgeltgruppe 12 im Sozial- und Erziehungsdienst-Tarif).
4. Die Stadt Siegen leitet das Interessenbekundungsverfahren für die vier KIM-Case-Management-Stellen, die den freien Trägern zugesprochen werden, zeitnah ein, mit dem Ziel, die Stellen ab Januar besetzen zu können. Der Ausschuss wird im ersten Quartal 2023 über das Verfahren, die beteiligten Träger und das Ergebnis informiert.
5. Die Stellen werden bei der Stadt und bei den freien Trägern Aufgabenbereichen zugeordnet, wie z. B. Arbeitsmarktintegration, Gesundheit oder Sprachförderung.
6. Einmal im Jahr erfolgt im Ausschuss eine Berichterstattung über den Umsetzungsstand des KIMs in Siegen. Dabei wird auch evaluiert, ob die Stellenverteilung (Stadt/freie Träger und Aufgabenbereiche) den aktuellen Bedarfen entspricht.

Begründung

Zu 1: Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips plädieren wir für diese Verteilung. Außerdem ist bei den freien Trägern in der Stadt Siegen bereits eine große Expertise vorhanden, die für diese Aufgabe genutzt werden sollte.

Zu 2: Eine Rückkehrberatung ist kein Bereich der Integration. Man könnte sogar sagen, dass es sich um den genau gegenteiligen Prozess handelt. So ist es wohl auch kein Zufall, dass im Handlungskonzept zum Kommunalen Integrationsmanagement des Landes NRW die Rückkehrberatung mit keinem Wort Erwähnung findet. Dagegen werden anderen Handlungsfelder explizit genannt (ausländerrechtliche Fragestellungen, gesellschaftliche und rechtliche Erstorientierung, Integration in Bildung und Arbeit, Wohnen oder Gesundheit), die aus unserer Sicht durch die Case-Management-Stellen bei der Stadt Siegen und bei freien Trägern abgedeckt werden sollten. Dazu kommt, dass ein anderes Landesprogramm „Soziale Beratung von Geflüchteten“ den Baustein der Rückkehrberatung integriert.

Zu 3: Um eine qualifizierte Arbeit zu gewährleisten und freien Trägern die Möglichkeit zu gewähren, sich beim Interessenbekundungsverfahren auf die Stellen zu bewerben, soll die Stadt Siegen die Finanzierungslücke übernehmen.

Zu 4-6: Der Ausschuss soll über die weiteren Verfahren und die Umsetzung informiert bleiben. Wir halten die Integration für ein wichtiges Ziel für die Stadt Siegen und das Landesprogramm für einen entscheidenden Schritt, um Integrationsprozesse zu begleiten und zu fördern. Da die bisher gelaufenen Verfahren und Abstimmungsprozesse und auch die angestrebte Stellenverteilung zum Teil wenig transparent für die politischen Akteur:innen waren, möchten wir gerne einen besseren Informationsstand erreichen, um unserer Aufgabe der politischen Steuerung gerecht werden zu können.

Mit sozialen Grüßen,
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen



Lisa Bleckmann
Stadtverordnete, Mitglied im Sozialausschuss



KIQ-KulturIntegrationQuartier

*Ausschuss für Soziales, Familien und
Senioren 16.11.2022*



KIQ - KulturIntegrationQuartier

Koblenzer Straße 90, 57072 Siegen

1. Entstehungsgeschichte und Projekthintergründe
2. Aktuelle Belegung
3. Herausforderungen und Ausblick



- Ehemaliges Schulgebäude Baujahr 1865 „Hammerhütter Schule“
- 2015/2016 Nutzung als Übergangseinrichtung für Geflüchtete
- Seit 2016 Nutzung als „House of Resources“ für Selbstorganisationen für Migrantinnen und Migranten und integrative Ehrenamtsnetzwerke



Startphase 2016- 2017

- Kleiderladen der studentischen Initiative „Refugees Welcome“
- Fahrradwerkstatt
- DRK - Theaterprojekt „Szene 7“
- Sozialberatung für Geflüchtete durch den Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.
- Ehrenamtsnetzwerke Begegnungscafé
- Café Mayla
- Ladiespower e.V. und Somalische Gruppe



Regelmäßige und temporäre Nutzungen KIQ

- Uni Siegen - Erasmus Student Network
- Uni Siegen – International Student Affairs
- Umsonstladen
- Redaktionsteam MiGazette
- AK- Treffen Integrationsrat
- Café Mayla
- Projekt Griffbereit
- Omas gegen rechts
- Radioförderverein Siegerland e.V.
- Einfachmachen gUG
- Kreis Siegen-Wittgenstein Durchstarten in Arbeit und Ausbildung
- Palästinensische Gemeinde
- Kurdische Gemeinde
- Noor-Kulturverein
- Verein der Guineer und Freunde Guineas
- Eriträischer Verein und Eritr. Gemeinde
- Nzuko Ndigbo
- Deutsch-Syrischer Verein Südwestfalen e.V.
- Syrische Gemeinde Siegen e.V.
- EDO Union Siegen e.V.
- Afghanischer Hilfsverein „Stitching for School and Life“ – „Demokratie leben!“ Projekt
- Afghanische Gruppe
- Litera e.V. 2 Theatergruppen
- Tüdev
- Ladiespower e.V.
- Deutsch-Somalischer Kulturverein
- Diakonie- Internationale Frauengruppe
- Diakonie Nähkurs
- Diakonie Strickkurs
- Diakonie/Rotaract Sprachkurs für Frauen
- Siegen isst bunt/ Lebensmittel Teilen e.V.
- Foodsharing
- Tanztheater mit Geflüchteten



- Auswirkungen durch Corona
 - Baulicher Zustand
 - Fehlende Räume (Tanz- und Musikprojekte)
 - Personal-, Gebäudeunterhaltungs- und Projektkosten
 - Quartiersentwicklungsprozess
-
- KIM (Kommunales Integrationsmanagement)
 - Vernetzung mit „Bunte Hammerhütte“ und Verein „Inklusive Begegnungen“

21.11.2022



**Danke für die
Aufmerksamkeit**